

WIRTSCHAFTSFLAUTE

Eigenlob stinkt



Sie sollen Schuld haben an der Wirtschaftsflaute: Luxemburgs Banken sorgen für negatives Wachstum - und Riesengewinne. (Foto: Christian Mosar)

**Luxemburgs
Wirtschaft schwächelt.
Der Staatsminister Juncker
rühmt sich zwar, alles im
Griff zu haben. Doch was
ist, wenn die Krise
länger anhält?**

Meist ist der Premierminister beim Briefing eher kurz angebunden. Am vergangenen Freitag aber gab er den anwesenden JournalistInnen eine Lehrstunde in Sachen Finanz- und Steuerpolitik. Anlass waren korrigierte Wachstumswahlen des Statec für das Jahr 2001, von ehemals 3,5 Prozent im Mai dieses Jahres auf nunmehr nur noch ein Prozent. Für das laufende Jahr rechnen die Wirtschaftsstatistiker mit einem Wachstum von 1,5 bis zwei Prozent. Vorbei also scheint die Zeit, in der Luxemburgs Wirtschaft mit Wachstumsrekorden von fünf und mehr Prozent beeindruckte.

Als Grund für die schwache Konjunktur nennen Experten und Politiker vor allem die seit dem 11. September verschärfte Weltwirtschaftskrise sowie drastische Kurseinbrüche an den Börsen. Hiervon sei auch der Finanzplatz Luxemburg nicht verschont geblieben.

Trotzdem nimmt Juncker die schlechten Nachrichten gelassen. In der jetzigen Situation zeige sich, wie richtig die seit langen Jahren verfolgte Finanzpolitik sei, lobte Jean-Claude Juncker sich am vergangenen Freitag selbst. Denn: Anders als einige Nachbarstaaten bleibe man dank einer vorausschauenden Budgetpolitik und großzügiger Budgetreserven von 1,85 Milliarden Euro in einer "komfortablen

Position". Luxemburgs Regierung müsse auch in Zukunft bei den Investitionen nicht sparen. Das Gegenteil sei der Fall: Für das Budget 2003 sind investive Ausgaben von 873,2 Millionen Euro vorgesehen, eine Steigerung um 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Junckers Bluff

Auch die großzügige Steuerreform 2001 präsentierte Juncker in diesem Zusammenhang als wichtigen Teil einer langfristigen Strategie. Niedrige Abgaben für Haushalte und Unternehmen, so Juncker, stärkten die Binnennachfrage. Von Pessimismus wie in Deutschland könne hierzulande keine Rede sein: Laut Statec ist der Konsum um rund 3,3 Prozent gestiegen, eine Trendwende sei - zurzeit jedenfalls - nicht abzusehen.

Allerdings war die CSV/DP-Finanz- und Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre nicht so durchdacht, wie der Staatsminister heute weismachen will. Zur Erinnerung: Die Steuersenkungen vom vergangenen Jahr kamen erst zustande, als die Einnahmen des Staates sich mit fast 20 Prozent noch einmal überdimensional stiegen. CSV und DP hatten noch bis Juli 2000 darauf beharrt, die Steuern erst im Jahre 2002 abzusenken. Erst als Luxemburg mit den Steuersenkungen in Deutschland, Frankreich und Belgien auf ein Abstellgleis in Sachen Steuerwettbewerb zu geraten drohte, reagierten die Verantwortlichen.

In einer Pressemitteilung der Regierung vom 29. November 2001 hieß es: "Dans le contexte international, la concurrence serrée en vue de la consolidation et du renforcement de l'attrait des sites nationaux nécessitait une réduction de la charge fiscale des revenus les plus élevés." Gemeinsam mit verschiedenen Berufskammern und der LSAP einigte man sich im Eiltempo auf vorgezogene, großzügige Steuererleichterungen gegenüber Unternehmen und Haushalten, die Luxemburg an die Spitze der Niedrigsteuerländer katapultierten.

"Der Spielraum, der jetzt noch bleibt, geht gegen Null." François Bausch von den Grünen sieht sich angesichts sinkender Wachstumswahlen in sei-

ner Kritik an der Steuerpolitik der Regierung bestätigt. Er warnte gegenüber der woxx vor allem vor den Folgen einer anhaltenden Wirtschaftskrise. "Sollte das Tief bleiben oder sich verstärken, beispielsweise durch einen Krieg der USA gegen Irak, können wir nicht mehr mit sinkenden Steuern gegenlenken", so seine Einschätzung. Im Gegenteil: Durch global niedrige Steuern könnten dem Staat längerfristig dringend benötigte Einnahmen fehlen. Womit aber dann die steigenden Kosten bezahlen, ohne die Sozialleistungen anzutasten?

Doch nicht nur die nach "dem Gießkannenprinzip" verteilten Steuergeschenke könnten sich in Zukunft als fatal erweisen, sondern auch die fehlenden Konzepte bei der Diversifizierung. Noch immer dominiere der Finanzsektor die hiesige Wirtschaft erheblich (Anteil am Bruttoinlandsprodukt von rund einem Fünftel). Neue Nischenprodukte, wie die Umwelttechnologie, würden hingegen nicht gefördert. Als Beispiel für die Konzeptlosigkeit der Regierung nannte der Grüne zudem die schlechte Verkehrsplanung und die Industriebrachen. Bis heute sei unklar, welche Unternehmen sich dort ansiedeln sollen.

Diversifizierung mau

Tatsächlich lesen sich die Erfolge im Bereich Diversifizierung bisher eher bescheiden. So konnten laut Tätigkeitsbericht des Wirtschaftsministeriums von 1975 bis 2001 176 neue Unternehmen angeworben werden. Viele der neuen Arbeitsplätze sind im Dienstleistungssektor und bei den neuen Technologien entstanden. Wie sehr diese Unternehmen allerdings von den Banken und Versicherungen abhängen, bleibt abzuwarten. Gleiches gilt für die positiven Wachstumswahlen in der Baubranche und im Hotelgewerbe. Schon jetzt sprechen Experten hinter vorgehaltener Hand von möglichen Fehlplanungen der Investoren. ABBL-Präsident François Moes hat in einem Télécran-Interview behauptet gar, dass die Banken in den vergangenen Jahre zuviel Personal eingestellt hätten, ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen also nicht ausgeschlossen sei. Der Vorsitzende warnte die Gewerkschaften vor überzogenen Lohnforderungen.

Dass die "Gewinnwarnung" des Statec einigen wohl nicht ganz ungelegen kommt, zeigt neben den üblichen Reaktionen der Arbeitgeber auch die Diskussion um die Zukunft des Finanzplatzes Luxemburg. Die Aussage Junckers, bei den laufenden EU-Finanzministerverhandlungen im Streit um die Zinsbesteuerung und das Bankgeheimnis nichts zu unterstützen, was den Finanzplatz Luxemburg gefährden könnte, erhält durch die schlechten Wachstumswahlen des Banksektors (-2,7 Prozent) zusätzlichen Rückenwind (siehe auch Seite 1). Allerdings, ganz so schlecht kann es den Banken nicht gehen: Ihre Nettogewinne beliefen sich laut Angaben der Bankenkontrollkommission im vergangenen Jahr immerhin auf fast drei Millionen Euro, eine Steigerung um mehr als 20 Prozent.

Ines Kurschat

Selbstbedienung zum "günstigen Preis"?

Der Rechnungshof hat dem "Fonds du logement de coût modéré" vorgeworfen, unangemessene und zum Teil private Ausgaben von rund 400.000 LUF (10.000 Euro) auf Staatskosten getätigt zu haben. Einem Sonderbericht zufolge, auf den sich der Quotidien in seiner Donnerstagsausgabe beruft, seien vor allem übertriebene Summen für Reisen und Verzehr ausgegeben worden. Im Mittelpunkt der Kritik steht kein geringerer als der Leiter des Fonds, Daniel Miltgen. Dieser habe, so der Quotidien-Artikel, zur Erklärung folgende Kosten aufgelistet: 62.739 LUF für Benzin, 163.405 LUF für Verzehrkosten eines "comité restreint", 80.485 LUF für Geschäftsessen, 13.949 LUF Hotelkosten sowie 3.301 LUF für Taxifahrten. Miltgen hingegen argumentierte, alles sei rechters. Die verbleibenden privaten Ausgaben von 85.970 LUF habe er am 5. Juli und 6. November vollständig zurückbezahlt.

Laut Quotidien rügt der Rechnungshof aber nicht nur die Spenderhosen des Fonds-Präsidenten gegenüber MitarbeiterInnen und möglichen GeschäftspartnerInnen, sondern dessen Buchhaltung insgesamt. So fehle der Abgleich zwischen dem alten System und dem aktuellen, die Führung der "offenen Posten" sei mangelhaft, es seien zinslose Kredite an defizitäre Filialen vergeben worden. Die Anschuldigungen gegen Miltgen werfen auch ein negatives Licht auf Wohnungsminister Fernand Boden. Er trägt als Dienstherr die politische Verantwortung.

E\$\$O hat viele Feinde ...

Wem sind sie nicht aufgefallen, die neuen Plakate mit einer Wüstenlandschaft und dem Spruch "Some like it hot". Auf den ersten Blick sehen sie wie Reklame aus, mit dem kleinen Esso-Logo unten in der Ecke. Doch die Botschaft ist eher negativ - CO²-Ausstoß führt zu Klimakatastrophe - und der Logo-Schriftzug schreibt sich E-\$-O. Also eine Anti-Esso-Kampagne?

Auf Nachfrage der woxx bei den "usual suspects" wollte sich keine NGO zu der Aktion bekennen. Vielleicht liegt das ja daran, dass im Juli Greenpeace-Frankreich wegen der Parodierung des Namens Esso vor Gericht verurteilt worden war. Nunmehr wird sich der Konzern auf anonyme Satire einstellen müssen. Und Esso hat viele Feinde. Zum einen die KlimaschützerInnen, die anprangern, die Firma habe Bushs Wahlkampagne finanziert und ernte nun die Früchte: Ausstieg aus dem Kyoto-Abkommen, Erdölbohrungen in Naturschutzgebieten, Krieg für Öl. Esso wird auch beschuldigt, Massaker an der Zivilbevölkerung in Aceh (Indonesien) durch zum Schutz ihrer Anlagen abgestellte Soldaten geduldet zu haben (www.campaign Exxonmobil.org). Das US-Außenministerium allerdings versucht, ein Gerichtsverfahren mit dem Argument zu verhindern, das würde die Zusammenarbeit mit der indonesischen Regierung im Krieg gegen den Terror gefährden.

PostbeamtInnen: Rettet unser Statut!

Die innige Beziehung zwischen LSAP und Briefträgergewerkschaft hing vor allem an der Person von Jos Nickts, gleichzeitig Präsident der Gewerkschaft und Parteikader. Diesen Eindruck kann man bekommen, wenn man nun, kein Jahr nach Jos Nickts skandalbedingten Auszug aus der politischen Arena, das neueste Kommuniqué des "Syndicat des P&T" liest: "Will die LSAP das Beamtenstatut im P&T-Unternehmen zu Grabe tragen?"

Woher kommt dieser Verdacht? Vor zwei Wochen hatte die LSAP-Arbeitsgruppe "Cercle Paul Wilwertz" ein Positionspapier zur Rolle des Staates und der öffentlichen Dienstleistungen vorgestellt. Bei genauem Durchlesen scheinen die P&T-GewerkschaftlerInnen festgestellt zu haben, dass dieses Dokument "moderner" ist, als ihnen lieb sein kann. Auf die Frage, wo das Beamtenstatut überhaupt noch zur Anwendung kommen sollte, deuten die Paul-Wilwertz-Leute an, für Dienstleistungsbereiche, die man laut EU-Recht für Nicht-LuxemburgerInnen öffnen müsse, reiche das "employé public"-Statut aus ... worüber die P&TlerInnen "skandalisiert" sind. Wenn der Jos noch da wäre, würde so etwas nicht vorkommen ...

